

The logo for the Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler e.V. (VDB) features the letters 'VDB' in a bold, blue, sans-serif font. A grey, curved swoosh element arches over the letters from the right side.

Verband Deutscher Büchsenmacher
und Waffenfachhändler e.V.

Auszug aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2025



Auszug aus den Wahlprogrammen Bundestagswahl 2025

Im Folgenden haben wir mithilfe einer Schlagwortsuche einige Auszüge aus den Wahlprogrammen der Parteien zu ausgewählten Themen zusammengestellt, die wir im Wortlaut wiedergeben. Es handelt sich dabei um die Meinung der Parteien und nicht um die Meinung des VDB. Die Auflistung der Parteien erfolgt in zufälliger Reihenfolge.

Da wir lediglich Auszüge zur Verfügung stellen können, die zu einem Thema nicht abschließend sein müssen, können Sie die vollständigen Wahlprogramme hier einsehen:



[Zusammen Wachsen](#)



[Politikwechsel für Deutschland](#)



[Mehr für dich. Besser für Deutschland.](#)



[Alles lässt sich ändern.](#) + [Ergänzender Beschluss](#)



[Zeit für Deutschland.](#)



[Du verdienst mehr.](#)



[Unser Land verdient mehr!](#)

Waffenrecht

	<p>Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Wer den Sicherheitsbehörden als Verfassungsfeind*in bekannt ist, darf keine Waffen besitzen. Die Anzahl an legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Noch immer werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im häuslichen Bereich. Jeder Mensch, der durch eine Schusswaffe stirbt, ist einer zu viel. Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und anderen gefährlichen Waffen wie SRS-Waffen weiter einschränken und hierfür das Waffenrecht verschärfen. Schreckschusswaffen sollen nur noch mit kleinem Waffenschein erworben werden dürfen. Für eine konsequente Durchsetzung des Waffenrechts wollen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Aufsichtsbehörden stärken. Gegen den illegalen Waffenhandel gehen wir entschieden vor.</p> <p>Anm. VDB: Laut NWR ist die Zahl der legalen erlaubnispflichtigen Schusswaffen in den letzten Jahren rückläufig.</p>
	<p>Extremistische Bestrebungen werden weiterhin intensiv überwacht, unsere Sicherheitsbehörden müssen frühzeitiger bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten eingreifen können. Der Schutz unserer Demokratie hat oberste Priorität. Hierzu werden wir auch weiterhin prüfen, wie wir den Zugang zu Waffen noch besser kontrollieren und Extremisten noch schneller entwaffnen können. Personen mit psychischen Vorbelastungen dürfen keinen Zugriff auf Waffen haben.</p>
	<p>Bei Extremisten und Straftätern Waffenrecht konsequent anwenden. Die Feinde unseres Staates gehören entwaffnet. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Legalwaffenbesitzer, Jäger, Sammler und Schützen nicht drangsaliert oder kriminalisiert werden.</p>
	<p>Das deutsche Waffenrecht muss mit Augenmaß gestaltet sein. Sportschützen und Jäger dürfen nicht unnötig belastet werden. Stattdessen sollte der Fokus auf Gefährdern und Extremisten durch eine verbesserte Kommunikation der Behörden und der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels liegen.</p> <p>Für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz Wir Freie Demokraten fordern ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. In der jetzigen Verfassung ist es unübersichtlich und nicht zielgerichtet. Vielmehr beinhaltet es Einschränkungen, die sich mit Blick auf die Realität der Legalwaffenbesitzer in Deutschland kaum rechtfertigen lassen. Wir unterscheiden strikt zwischen den Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jäger und dem illegalen Waffenbesitz oder dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen. Auch die polizeiliche Kriminalstatistik muss diese Unterscheidung in Zukunft beinhalten. Die Besitzer von Legalwaffen wie Sportschützen und Jäger dürfen beispielsweise bei der Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse nicht mit unnützer Bürokratie überzogen werden. Der Bund sollte eine Generalrevision des Waffenrechts unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern und das gesamte Waffenrecht einfacher, klarer und zielgerichteter zu gestalten. Sämtliche Verschärfungen der Vergangenheit, die keinen sicherheitspolitischen Mehrwert haben, müssen gestrichen werden. Jegliche zukünftige Änderung muss zudem evidenzbasiert sein. Gefährder und Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden.</p>
	<p>Waffenrecht überarbeiten Das unstrukturiert gewachsene Waffenrecht benötigt dringend eine Neufassung. Mit den Änderungen des Waffengesetzes aus dem Oktober 2024 werden nun alle Bürger kriminalisiert, die z. B. ein kleines Obst- oder Taschenmesser mitführen. Die aktionistisch geschaffene Rechtslage ist für Ämter, Fachleute und erst recht Bürger undurchsichtig. Sie führt an den eigentlichen Problemen komplett vorbei. Statt Legalwaffenbesitzer und Bürger unter Generalverdacht zu stellen, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein Riegel vorzuschieben.</p>
	<p>aktuelle Hochrüstung ebenso konsequent ablehnt wie Waffenlieferungen in Kriegsgebiete</p>
	<p>Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer Organisationen</p>

(Innere) Sicherheit

	<p>Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus stärken und das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend Personal, Technik und verfassungskonformen Befugnissen ausstatten, damit sie Terrorist*innen ausfindig machen und Anschlagpläne frühzeitig aufdecken können [...] Rechtsgrundlagen müssen stets zielgerichtet und anlassbezogen wirken [...] Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital [...] Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir Kriminalitätsentwicklungen im Blick behalten und wissenschaftliche Expertise stärker einbeziehen. Den periodischen Sicherheitsbericht, der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich verankern. Mit wissenschaftlich fundierten Erfassungssystemen und Datenbanken werden präzise Lagebilder und Beurteilungen ermöglicht, eine gute Ermittlungsarbeit befördert und die Grundlage für angemessene und rechtssichere polizeiliche Maßnahmen gelegt. Daher wirken wir auf die Verbesserung polizeilicher Datenbanken im polizeilichen Informationsverbund hin. Wir reformieren die Polizeistatistik, um Hasskriminalität besser zu erfassen.</p>
	<p>Mit unserer Politik der inneren Sicherheit schützen wir alle Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Gewalt und Hetze [...] überprüfen wir, ob die bisherigen Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausreichen. [...] Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, frühzeitiger Gefahren und Bedrohungen abzuwehren. [...] Besonders in herausfordernden Zeiten ist die Sichtbarkeit der Polizei von erheblicher Bedeutung. Auch dafür wollen wir den Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden konsequent fortsetzen [...] sorgen wir für moderne Ausrüstung und zeitgemäße Befugnisse von Polizei- und Sicherheitsbehörden. Wir schaffen ein modernes Bundespolizeigesetz, das der Bundespolizei klare Befugnisse gibt, um den heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen.</p>
	<p>Den zunehmenden extremistischen Gefährdungen treten wir mit einem 360-Grad-Blick entgegen. [...] Wir rüsten mit einer echten Zollpolizei auf und schöpfen Verbrechensgewinne ab. [...] Wir schaffen einen Nationalen Sicherheitsrat mit Sitz im Bundeskanzleramt. Damit vernetzen wir Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels-, Europa- und Entwicklungspolitik. [...] Wir stärken unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. [...] Starke Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz schützen unseren Rechtsstaat und ermöglichen Freiheit. Sie brauchen ausreichend und gut qualifiziertes Personal sowie moderne Befugnisse für ihre Arbeit. Wir setzen auf eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung, auch mit internationalen Partnern. [...] Wir legen umgehend ein Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus vor.</p>
	<p>Technisch und personell gut ausgestattete Behörden müssen zügig und effizient für Sicherheit sorgen und Straftaten verfolgen. [...] Bei der Ausgestaltung der Inneren Sicherheit sind wir dem Rechtsstaat und den Bürgerrechten verpflichtet. Wir schützen die Freiheitsrechte des Einzelnen auch gegenüber dem Staat. Denn wer die Freiheit um der Sicherheit willen aufgibt, wird am Ende beides verlieren. [...] Die Strukturen bei der Inneren Sicherheit müssen reformiert werden. [...] Bund und Länder müssen die Aufgabenverteilung im Bereich Innere Sicherheit neu ordnen. Auf europäischer Ebene fordern wir, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. [...] Bei jeder neuen Befugnis für die Sicherheitsbehörden müssen zunächst die Auswirkungen auf die Bürgerrechte und die technische Realisierbarkeit geprüft werden. Zu diesem Zweck braucht es eine dauerhaft fortgeschriebene Überwachungsgesamtrechnung.</p>
	<p>Eine der Grundvoraussetzungen für die innere Sicherheit in Deutschland sind kontrollierbare Grenzen. [...] Erhebliche Aufstockung der Ermittlungsbehörden hinsichtlich Personal und Ausstattung sowie eine attraktivere Gestaltung des Berufsbildes mit Gewährleistung hinreichenden Schutzes der ermittelnden Beamten [...] Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung von ausländischen Straftätern [...] Bundeseinheitliche Besoldung und angemessene Vergütungen mit Gefährdungszulagen sowie weitere Zulagen für Überstunden und Sondereinsätze für Polizei und Rettungskräfte. Verbesserung von Bewaffnung und Ausrüstung. [...] Anpassung der Strafverfolgungsbefugnisse und der Fahndungsmöglichkeiten der Polizei an die jeweils aktuelle Kriminalitätsentwicklung</p>
	<p>Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit und für das friedliche Zusammenleben in Deutschland. Staatliches Handeln muss dem Schutz der Menschen und den Bürgerrechten dienen. Wir stehen für Sicherheit und Freiheit. Während staatliches Handeln allerdings bei seinen Kernaufgaben immer häufiger versagt, nimmt staatliche Übergriffigkeit zu. [...] Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei so besetzt und ausgestattet wird, dass sie für Sicherheit vor Kriminalität sorgen kann. [...] Wir fordern eine solide Ausstattung der Polizei mit modernen Einsatzmitteln und IT [...] Wichtig ist, dass alle Befugnisse den Sicherheitsbehörden genau die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Handwerkzeuge geben und immer eindeutige und klare Grenzen haben müssen.</p>
	<p>Sicherheit ist ein soziales Grundrecht. Polizist*innen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute und moderne Ausbildung. [...] Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende Ausstattung mit Maschinenwaffen und -pistolen, Schützenpanzern und Sprengstoff lehnen wir ab, ebenso wie den Einsatz von „weniger tödlichen Waffen“ wie Taser und Gummigeschosse. [...] Sicherheitskonzepte – insbesondere im öffentlichen Raum – müssen umfassend, nachvollziehbar und wirkungsvoll sein. Sie müssen Menschen wirklich schützen, statt pauschal zu verdächtigen, zu kontrollieren und anlasslos und flächendeckend zu überwachen. [...] Freiheit darf nicht gegen Sicherheit ausgespielt werden. Wir wollen keine Sicherheitspolitik, die in die Privatsphäre der Menschen eingreift. [...] Die Polizei muss ansprechbar sein und deeskalierend auftreten</p>

Handwerk & Handel - Wirtschaft

	<p>Das Handwerk bietet in einer nachhaltigen Wirtschaft krisensichere Arbeitsplätze. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Der Meisterbrief soll kostenlos werden. [...] Zu einer gerechten Besteuerung gehört ebenso, dass ein Onlineversandhaus seinen Gewinn gleichermaßen besteuern muss wie ein Handwerksbetrieb. Als weiteres Standbein setzen wir deshalb auf Einnahmen durch die lokale Besteuerung der Gewinne multinationaler Konzerne</p>
	<p>Wir kämpfen für gute Löhne überall in Deutschland – in der Industrie, im Handel, im Handwerk und in allen anderen Bereichen der Wirtschaft. [...] Es geht aber auch um die richtigen Strategien, den Fachkräftebedarf im Handel, in der Gastronomie und in der Verwaltung zu sichern. Und es geht nicht zuletzt um Fragen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, zum Beispiel im Handwerk.</p>
	<p>Wir kehren in Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie oder Hotellerie bei Dokumentationspflichten die Beweislast um und ersetzen die regelmäßigen Nachweise durch ein Anzeigerecht von Verstößen. [...] Innovative Konzepte für Schulabgänger, Studienabbrecher und -zweifler, wie das Freiwillige Handwerksjahr, müssen sich mehr herumsprechen. [...] Die Exportkontrolle muss effizienter werden. Dazu beschleunigen wir Ausfuhrgenehmigungen deutlich. [...] Wir vereinfachen für kleine und mittlere Unternehmen den Zugang zu Forschungs- und Innovationsprogrammen des Bundes [...] Wir wollen gerade Mittelständlern das Leben bei Vergaben einfacher machen. Deshalb wollen wir, dass die europäische Definition von kleinen und mittleren Unternehmen angepasst wird. Die Schwellenwerte für öffentliche Aufträge setzen wir herauf. [...] Wir senken die Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent</p>
	<p>Ob Freie Berufe, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft oder Dienstleistungsbranche: [...] fordern Fairness für Selbstständige. Ungleichbehandlungen wollen wir deshalb abbauen und zum Beispiel die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung an den tatsächlichen Einnahmen orientieren. [...] Beitragszahlungen nicht rückwirkend erhoben werden dürfen. [...] maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge.</p>
	<p>Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ein, die Innovation und Unternehmertum fördert, Wohlstand für alle schafft und insbesondere dem Mittelstand neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. [...] Stärkung von Handwerk und Gewerbe durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger, indem eine frühere Berufsorientierung in den Schulen praktiziert und das Leistungsprinzip an unseren Schulen wieder gestärkt wird [...] Die Haupt- und Realschulen sollen durch Kooperationen mit Unternehmen sowie den Industrie- und Handwerkskammern attraktiver werden. [...] Damit Unternehmer an die Zukunft des Standorts Deutschland glauben können, werden wir den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wiederherstellen [...] Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau</p>
	<p>Wir fordern, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU-Handelspolitik darauf drängt, dass wir uns gegen unfaire Handelspraktiken auch der USA zur Wehr setzen. Weil die Kosten zur Erfüllung bürokratischer Auflagen für kleinere Unternehmen relativ zum Umsatz viel höher sind als für Großunternehmen, wollen wir den Mittelstand konsequent von bürokratischen Auflagen entlasten. [...] Wir fordern, alle Erwerbstätigen und ihre Arbeitseinkommen und damit auch alle Selbstständigen in die Sozialversicherungen einzubeziehen. [...] Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn unverzüglich auf 15 Euro anheben.</p>
	<p>Kleingewerbe leiden unter explodierten Gewerbemieten. Der Bund muss dafür sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können. [...] Für arbeitsintensives Handwerk, Arzneimittel und Produkte für Kinder wollen wir ermäßigte Steuersätze. Das gilt auch für Reparaturdienstleistungen und Demontage, damit Reparatur und Wiedernutzung Vorrang vor Entsorgung haben. [...] Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent besteuert [...] Handwerksinnungen müssen dazu verpflichtet werden, ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag nachzukommen und Tarifverträge abzuschließen, damit auch dort Lohndumping leichter unterbunden werden kann.</p>

Bürokratieabbau

	<p>Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden besonders unter aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden. Dabei werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische Schutzstandards abzubauen.</p>
	<p>Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und digitalisieren die Verwaltung [...] Höhere Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das Ziel. [...] Auch auf nationaler und EU-Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze müssen einem Praxischeck unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. [...] Beim Bürokratieabbau achten wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen Wandels nicht gefährdet werden. [...] Unser Ziel ist eine Verwaltung, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird, proaktiv handelt und Bürokratie auf das wirklich erforderliche Maß reduziert.</p>
	<p>Wir beseitigen mit Entrümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks überflüssigen Papierkram. Statistikpflichten und Doppelstrukturen bauen wir ab. [...] Wir stehen für ein Europa, das sich in die richtige Richtung entwickelt: weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit. [...] Bürokratieabbau, das heißt in Wahrheit „Freiheit zurückgeben“. Wir wollen eine Kultur des Machens und nicht der Fehlervermeidung. [...] Wir beschließen Jahresgesetze zum Bürokratieabbau als echte Entrümpelungsgesetze und stärken die Bürokratiebremse („One in, two out“). Wo sinnvoll möglich, geben wir Gesetzen und Regelungen ein Verfallsdatum[...] machen wir mehr Bürokratie-Checks in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen. [...] Das deutsche Lieferkettengesetz schaffen wir ab</p>
	<p>[...] sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie: In dieser Zeit dürfen keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden. [...] bürokratiefreies Jahr für Betriebe, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Es muss jedes Jahr ein Jahresbürokratieentlastungsgesetz geben, um einen Abbau-Pfad für überflüssige Regelungen zu schaffen. Mit einer Bürokratiebremse im Grundgesetz verankern wir den Bürokratieabbau in unserer Verfassung. [...] Erfüllungsaufwand für Betriebe im Saldo um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren. [...] Veraltete, widersprüchliche und unnötig komplexe Gesetze müssen abgeschafft werden. [...] Gesetze mit einer Sunset-Klausel häufiger zeitlich befristet [...] Europäische Richtlinien dürfen nur 1:1 in deutsches Recht umgesetzt werden.</p>
	<p>Weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und ein effizienterer Einsatz öffentlicher Mittel sind wichtige Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Deutschland. [...] Strangulierende Bürokratie und wettbewerbsverzerrende Vorschriften reduzieren wir durch: Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie, Abschaffung des Verpackungsgesetzes Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung, Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung, Vereinfachung des Vergaberechts, drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte</p>
	<p>Statt einer Bürokratie, die unnötige Kosten verursacht und Unternehmen gängelt, sollte sich die EU auf die Aufgaben konzentrieren, die Nationalstaaten allein kaum leisten können. [...] Den Abbau von Bürokratie sehen wir als wichtigen Schlüssel für Wachstum und Innovation. Wir werden uns vehement dafür einsetzen, unnötige Regeln, Auflagen und Prozesse abzubauen und Verfahren zu vereinfachen. Wir wollen den Grundstein für eine Verwaltung legen, die Bürger und Unternehmen unterstützt, statt sie zu belasten, und die dabei effizient arbeitet. [...] Wir wollen Schwellenwerte so gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärker von Berichts- und Dokumentationspflichten befreit werden. Ziel ist es, den unternehmerischen Freiraum zu erweitern und damit Innovationen zu fördern.</p>
	<p>Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen [...] In einem Bundestariftreuegesetz muss festgeschrieben werden, dass öffentliche Aufträge nur noch diejenigen Unternehmen bekommen, die tarifvertragliche Standards einhalten. [...] Wir brauchen bessere Arbeitsschutzverordnungen gegen berufliche Überlastung und erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei Personalbemessung und der Vorbeugung von Belastungen. Beschäftigte sollten wöchentliche Beratungszeit bekommen, um sich über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Arbeitsschutzbehörden brauchen mehr Personal und Bußgelder müssen empfindlich erhöht werden.</p>

Kriminalität

	<p>Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig wert [...] Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Gute Präventionsarbeit und soziale Infrastruktur sind daher immer auch ein Beitrag zur Sicherheit. Eine gut ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine wirksame Kriminalprävention. Dazu gehört auch eine gute Aus- und Fortbildung. Engagierte Polizist*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben und unsere Bürger*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz. Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass sie das Personal, die Technik, das Knowhow und auch die verfassungskonformen Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die gesetzlichen Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben [...] Wir bringen eine evidenzbasierte Innenpolitik mit Bürger*innenrechten in Einklang und adressieren die Ursachen von Kriminalität.</p>
	<p>Das gilt besonders mit Blick auf die Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie politisch motivierte Kriminalität. Das gilt auch für die Bedrohungen durch Organisierte Kriminalität, Finanzkriminalität und Straftaten im und aus dem Internet (Cybercrime). Dem Nährboden für Terror, Angst und Hass begegnen wir fokussiert und konsequent [...] Besonders im wichtigen Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müssen wir sie stärker befähigen, riesige Datenmengen effizient auszuwerten und Kriminalität gezielt bekämpfen zu können. [...] setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern.</p>
	<p>Einer Verwahrlosung des öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft der Anfangspunkt für Kriminalität. Wir fordern den Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Gefahrenorten und Systeme zur automatisierten Gesichtserkennung an Bahnhöfen, Flughäfen und anderen Kriminalitätsschwerpunkten zur Identifizierung schwerer Straftäter. [...] Wir erhöhen die Höchststrafe für Stalking. Körperverletzungen, insbesondere wenn sie mit einem Messer begangen werden, und Gruppenvergewaltigungen werden wir deutlich härter bestrafen. [...]</p>
	<p>Auf europäischer Ebene fordern wir, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Denn Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität macht nicht an den Landesgrenzen halt. [...] Ständige Ausweitungen des Strafrechts sind mit seinem Charakter als Ultima Ratio des Rechtsstaats nicht vereinbar. Wir wollen das Strafgesetzbuch systematisch überprüfen und überholte Straftatbestände anpassen oder streichen. [...] Videoüberwachung kann an einzelnen Kriminalitätsschwerpunkten wie Bahnhöfen Sinn ergeben, ersetzt jedoch niemals die Präsenz von Polizistinnen und Polizisten sowie funktionierende Präventionskonzepte.</p>
	<p>Die Ausweisung ausländischer Straftäter insbesondere bei Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikten sowie bei der organisierten und Clankriminalität werden wir deutlich erleichtern [...] Die Menschen sind seit dem Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt täglich einer Vielzahl von Messerangriffen, weiteren Terroranschlägen wie in Mannheim und Solingen und einer deutlich steigenden Gewaltkriminalität wie auch Gruppenvergewaltigungen ausgesetzt. Linksradikale Gewaltexzesse wie von der Antifa sowie zunehmende Gewaltkriminalität durch Clans, Banden und ausländische Mafia haben die innere Sicherheit erodieren lassen. Wir werden diese unhaltbaren Zustände wirksam bekämpfen [...] Durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen konsequent eingezogen werden</p>
	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei so besetzt und ausgestattet wird, dass sie für Sicherheit vor Kriminalität sorgen kann. [...] Gleichzeitig ist der unkontrollierte Zustrom von Menschen, über deren Biografie, Integrationsbereitschaft und Einstellung man sehr wenig weiß, ein Sicherheitsrisiko. Die naive Aufnahmepraxis der letzten Jahre hat sich bereits in einem weit überproportionalen Anstieg von Messerkriminalität, Sexualdelikten und religiös motiviertem Terrorismus bemerkbar gemacht. [...] Wir fordern, Gesetze und nötigenfalls das Grundgesetz so zu ändern, dass Flüchtlinge nach schweren Straftaten ihren Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland verlieren und der Schutz vor Abschiebung auf Fälle begrenzt wird, in denen klare Indizien vorliegen, dass dem Betroffenen im Herkunftsstaat die Todesstrafe droht.</p>
	<p>Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. [...] Sonderstrafrecht stoppen! Die Antiterrorgesetzgebung der Bundesregierungen der vergangenen 30 Jahre gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren, ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür braucht es kein politisches Sonderstrafrecht. [...] Straftäter*innen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen.</p>

Justiz

	<p>Sie steht auf dem Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. [...] Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist, schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. So schützen wir die Rechte aller Menschen. Dafür braucht es genügend Richter*innen und Staatsanwält*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie eine entschiedene Digitalisierung der Justiz. Damit Rechtsschutz für alle offensteht, braucht es niedrigschwellige Zugänge zur Justiz unabhängig vom Einkommen. Es braucht dafür auch eine attraktive juristische Ausbildung. [...] Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw. einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren entlasten.</p>
	<p>Wir stärken die gesamte Rechtsstaatskette: Neben den Sicherheitsbehörden wollen wir die Staatsanwaltschaften und (Straf-)Gerichte stärken. Die Justiz darf nicht zum Flaschenhals werden. Mit einem erneuten Pakt für den Rechtsstaat werden wir gemeinsam mit den Ländern die Justiz personell und materiell besser ausstatten. Zudem wollen wir die Strafprozessordnung auf Effektivität reformieren und die Digitalisierung der Justiz mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen.</p>
	<p>Starke Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz schützen unseren Rechtsstaat und ermöglichen Freiheit. Sie brauchen ausreichend und gut qualifiziertes Personal sowie moderne Befugnisse für ihre Arbeit. Wir setzen auf eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung, auch mit internationalen Partnern. [...] Wir brauchen eine bessere personelle Ausstattung unserer Gerichte, eine konkurrenzfähige Besoldung, einen Digitalisierungsschub und schnellere Gerichtsverfahren. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Eine Entlastung des Personals ist vor allem mit Hilfe technischer Prozesse und durch die Unterstützung von KI möglich.</p>
	<p>Zu einem modernen Rechtsstaat gehören gut ausgestattete Gerichte und Staatsanwaltschaften. Dazu gehört auch, dass die Chancen der Künstlichen Intelligenz (KI) in der Justiz genutzt werden. Diese wollen wir konsequent ausloten, ohne dass KI richterliche Entscheidungen ersetzt. [...] Wir setzen uns darüber hinaus für eine weitere Digitalisierung von Gerichten und Verfahrensrecht ein, etwa durch Online-Gerichtsverfahren. Auf diese Weise können Zivilrechtstreitigkeiten schneller, bürgernäher und kostengünstiger durchgeführt werden. Wir stehen für eine starke Strafjustiz, die schnelle Verurteilungen von Straftätern gewährleistet und sich dabei auf das Wesentliche konzentriert. [...] Wir fordern eine öffentlich einsehbare Datenbank für Gerichtsentscheidungen in anonymisierter Form.</p>
	<p>Unterstützung der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in den Bundesländern zur Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe durch Erhöhung des Anteils am Steueraufkommen [...] Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine Stärkung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein. [...] Modernisierung der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Prozessordnung. [...] Aufstockung des Justizpersonals [...] Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten verhindern und so die Politisierung der Justiz beenden.</p>
	<p>Wir wollen deutlich mehr Personal in den Justizbehörden und eine Reduzierung der Verfahrenszahlen. Dies erreichen wir durch sinnvolle Reformen, besonders im Bereich des Strafrechts.</p>
	<p>Staatsanwaltschaft in die Lage versetzt werden, mit der dynamischen Entwicklung von Kriminalität Schritt zu halten</p>

Sport

	<p>Wir wollen das Bundesprogramm zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern ausbauen. Für uns sind dabei ökologische Nachhaltigkeit und Inklusion leitend. Denn wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben können. Den Breitensport stärken wir und schaffen gute Bedingungen für die Schwimmausbildung im schulischen und nicht schulischen Bereich sowie das Training vor Ort.</p>
	<p>[...] unterstützen wir den Sport umfassend. Auch weil wir wissen: Nirgendwo sonst lassen sich Werte-Themen wie Respekt, Vielfalt, Inklusion und Zusammenhalt schöner erzählen und belegen als mit Sport. [...] Sowohl im Spitzen- als auch im Breitensport wollen wir Deutschland voranbringen [...] Reform des Spitzensports konsequent fortsetzen und das Sportfördergesetz entsprechend weiterentwickeln [...] Wir wollen Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankern, um mit der Kraft des Sports Gesundheit, soziale Teilhabe, Inklusion und Integration zu stärken. Wir helfen Ländern, Kommunen und Vereinen bei der Sanierung von Sportstätten und erhöhen die Attraktivität und Zugänglichkeit des Ehrenamtes im Breitensport. [...] Wir sagen Ja zu Sportgroßveranstaltungen in Deutschland und unterstützen den Deutschen Olympischen Sportbund bei der Bewerbung für Olympische Spiele und Paralympics in Deutschland.</p>
	<p>[...] unterstützen wir die Sportentwicklung in allen Bereichen. Dabei sind uns Breiten- und Spitzensport gleichermaßen wichtig. [...] Wir ordnen die politischen Strukturen des Sports neu, siedeln die Sportpolitik im Bundeskanzleramt an und ernennen einen Staatsminister für Sport und Ehrenamt. Für die kommende Wahlperiode stellen wir sicher, dass die Sportmilliarde zur Verfügung steht. [...] Wir verbessern die Bedingungen für die Trainerinnen und Trainer, um den Sportstandort Deutschland weiter voranzubringen. [...] Wir unterstützen eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele.</p>
	<p>Damit sich Ehrenamtliche auf ihr Engagement konzentrieren können, wollen wir Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten. [...] Zudem streben wir eine zunehmende Digitalisierung der das Ehrenamt umgebenden steuer- und registerrechtlichen Abläufe an [...] Außerdem stärken wir die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Schulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen, um möglichst viele Menschen zu erreichen. [...] Sportgroßveranstaltungen wie Olympische und Paralympische Spiele wollen wir wieder nach Deutschland holen – vorausgesetzt, sie entsprechen ökologischen, ökonomischen und humanitären Standards sowie den traditionellen Werten des Sports [...] fördern Spitzensport mit klaren Zielen und effizienten Strukturen.</p>
	<p>Projekte, Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen</p>
	<p>Der Bund soll für alle Kinder das erste Jahr im Sportverein bezahlen (Zuschuss von bis zu 150 Euro im Jahr). So werden Kinder in die Vereine gebracht und die Vereine und ihre wertvolle Arbeit unterstützt. [...] Wir fordern einen niedrigschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Angeboten wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten oder Musikschulen.</p>
	<p>Sport ist für alle da. Dafür müssen die Zugangsbedingungen verbessert werden. Sport treiben zu können, soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. [...] Sport muss als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden. Dazu gehören die Sanierung von Turnhallen und Sportplätzen sowie die Schaffung moderner, barrierefreier und ökologischer Sportstätten [...] Wir setzen uns für inklusiven, integrativen und umweltverträglichen Schul-, Breiten-, Gesundheits- und auch Spitzensport ein. [...] Die Kommerzialisierung des Sports muss zurückgedrängt und die Vermittlung von Werten wie Respekt und Fairness gefördert werden.</p>

Wehrdienst

	<p>Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, muss sie personell und materiell gut ausgestattet sein. Statt den aus guten Gründen seit 2011 ausgesetzten allgemeinen Grundwehrdienst wieder einzuführen, wollen wir den freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen Personal langfristig binden.</p>
	<p>Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung eines neuen, flexiblen Wehrdienstes. Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit basieren und sich dabei am Bedarf der Bundeswehr orientieren. Es müssen zügig die Grundlagen für eine Wehrrfassung geschaffen werden. Der neue Wehrdienst dient zentral dem Aufbau einer durchhaltefähigen Reserve.</p>
	<p>Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammendenken. So werden wir dem Personalbedarf zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit gerecht. Aus dem Kreis der Gemusterten sollen diejenigen benötigten Tauglichen kontingentiert und zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert haben. Bis zu einer Umsetzung eines Gesellschaftsjahres wollen wir die Freiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst stärken.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für eine professionelle Freiwilligenarmee aus Aktiven und einer starken Reserve und für eine nationale Datenbank zur Erfassung wehrfähiger Männer und Frauen ein. [...] Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir ab. Die Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr soll durch hervorragende Rahmenbedingungen wie Gehalt sowie gesellschaftliche Vorteile massiv gesteigert werden.</p>
	<p>wollen wir die Wehrpflicht wieder einsetzen. Diese beinhaltet gemäß aktueller Gesetzeslage auch den Ersatzdienst.</p>
	<p>Das Prinzip der Freiwilligkeit ist in der beruflichen Orientierungsphase der Heranwachsenden von enormer Bedeutung und darf nicht für Kriegs- und Aufrüstungspolitik außer Kraft gesetzt werden. Wir lehnen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht ab.</p>
	<p>Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an Schulen, auf Bildungsmessen, an Universitäten oder per Briefsendungen. Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir verteidigen und ausbauen. Wir unterstützen das Jugendbündnis gegen Wehrpflicht!</p>

Verteidigung(setat)

	<p>Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern ausstatten. [...] braucht es verlässliche Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dieser wird nicht allein aus laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen, um zu verhindern, dass Investitionen im Verteidigungsbereich zulasten anderer notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.</p>
	<p>[...] mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. [...] auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr einsetzen, damit die Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben bei Auslandseinsätzen und in der Bündnis- und Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können. [...] Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte europäische Verteidigungsindustrie, mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können. [...] wollen wir europäische Innovationen in der Verteidigungsindustrie weiter fördern. [...] europäische Instrumente wie die Europäische Verteidigungsagentur und gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO). Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in falsche Hände geraten.</p>
	<p>Deutschland und Europa müssen sich selbst in die Lage versetzen, die zum Schutz des Kontinents notwendigen Verteidigungsgüter zu produzieren. Eine eigenständige und leistungsfähige Verteidigungsindustrie ist von strategischer Bedeutung für die europäische Souveränität. Wir streben den Aufbau eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln an. So wird die Exportpolitik für Rüstungsunternehmen verlässlicher. Länderübergreifende Kooperation der Verteidigungsindustrien in Europa wollen wir noch konsequenter und zielstrebig vorantreiben. [...] Wir unterstützen die Zusammenarbeit von europäischen Forschungseinrichtungen im Verteidigungsbereich. [...] Wir stellen das Beschaffungswesen neu auf und straffen die Prozesse spürbar. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr ist heute zu breit aufgestellt. Wir wollen aus dem Amt einzelne überjährige Großprojekte herauslösen und in eine neue schlanke, schlagkräftige Agentur überführen. Zudem brauchen wir mehr Planungssicherheit bei Haushaltsmitteln.</p>
	<p>Wir wollen eine europäische DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) entwickeln, eine agile Verteidigungsforschungsanstalt nach amerikanischem Vorbild, die sich auf den Technologietransfer zwischen Militär und Wissenschaft sowie auf die Förderung von Forschungsprojekten mit militärischen oder Dual-Use-Anwendungen konzentriert. [...] müssen Deutschland und die europäischen Partner mehr Verantwortung für die eigene Verteidigung und die unserer Bündnispartner übernehmen und in der Lage sein, sicherheitspolitisch glaubhaft abschrecken zu können. [...] Deutschland die NATO-Anforderungen und -Ziele vollumfänglich erfüllt. Hierzu gehört, dass Deutschland mindestens das 2%-Ziel der NATO erfüllt. Wenn die NATO höhere Ziele vereinbart, werden wir auch diese erfüllen und noch mehr in unsere Sicherheit investieren [...] Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft in Europa machen. [...] braucht die Bundeswehr eine bessere Finanzierung und Ausstattung</p>
	<p>muss unsere Bundeswehr nicht nur finanziell gut ausgestattet sein, sondern ihr muss auch die Einsatzbereitschaft insbesondere bei Material und Personal zurückgegeben werden [...] Die AfD fordert den Ausbau einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland.</p>
	<p>Wir lehnen höhere Militärausgaben ab, die Erfüllung des Zwei-Prozent-Zieles der NATO oder gar höhere Ausgaben ebenso wie weitere Sondervermögen bzw. Schuldenfonds für die Aufrüstung der Bundeswehr oder Militärhilfen. Die Bundesregierung muss die Rüstungsindustrie vertraglich verpflichten, für Kostensteigerungen und Verzögerungen bei Rüstungsprojekten zu haften.</p>
	<p>Wir wollen die Rüstungsausgaben drastisch senken und stattdessen Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit und eine gerechte Transformation. Das Aufrüstungsziel der NATO auf 2 Prozent des BIP oder noch mehr lehnen wir ab. Das „Sondervermögen“ der Zeitenwende soll in zivile Infrastruktur fließen. [...] Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen abziehen. Wir wollen, dass sie zu einer strukturell nicht angriffsfähigen Verteidigungsarmee umgebaut wird.</p>

Sonstiges

	<p>Jagd Geschützte Arten wie der Wolf gehören nicht ins Jagdrecht. [...] Kommerzielle Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen wollen wir beenden</p> <p>Feuerwerk Private Feuerwerke stellen zunehmend eine unzumutbare Belastung für unsere Kommunen dar. Auch kommt es zu häufig zur missbräuchlichen Verwendung. Daher wollen wir private Feuerwerke reduzieren, um die Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Umwelt möglichst gering zu halten: Wir stärken Städte und Gemeinden bei der Einschränkung von Feuerwerk und schaffen Rechtssicherheit bei der Aussprache von Verbotszonen für alle Kategorien von Feuerwerk. Grundsätzlich halten wir ein ganzjähriges Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten und setzen uns für eine bundesweite Umsetzung ein.</p>
	<p>Feuerwerk Damit besser sichergestellt werden kann, dass beim Abbrennen von Feuerwerkskörpern niemand zu Schaden kommt, prüfen wir die Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen, vor Ort zielgenauer handeln zu können.</p>
	<p>Jagd Wir unterstützen Forstwirtschaft und Jagd, die mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine vielfältigen Funktionen sichern [...] Unser Ziel ist ein aktives Bestandsmanagement. Wölfe müssen – regional unterschiedlich – bejagt werden können, damit weniger Weidetiere gerissen werden. Dafür passen wir den Schutzstatus des Wolfs an und nehmen ihn in das Bundesjagdgesetz auf.</p>
	<p>Jagd Für uns Freien Demokraten ist die Jagd ein unverzichtbarer Teil nachhaltiger Landnutzung und Schutz der Biodiversität. Durch verantwortungsbewusstes Wildtiermanagement und die Möglichkeit, neue und invasive Arten zu regulieren, schützen wir das ökologische Gleichgewicht und unsere Landschaften. Wir Freie Demokraten werden ein aktives Bestandsmanagement von unter anderem Wolf und Kormoran durch Bejagung einführen</p>
	<p>Jagd Die AfD unterstützt waidgerechte Jagd im Einklang mit der Natur. Wir stehen für den bewährten Grundsatz „Wald mit Wild“. [...] Über aktives Management werden problematische Wildtier-Bestandsgrößen zeitnah regional überwacht und korrigiert werden können. Wie das Beispiel Wolf zeigt, muss Realitätssinn Vorrang vor einer unkontrollierten Ansiedlung haben</p>
	
	<p>Jagd Deutschland soll insbesondere auf Norwegen, Island und Japan Einfluss nehmen, um die Jagd nach Walen zu beenden. [...] Anonymität im Internet, Wilderei und der illegale Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Herstellung und Import von Pelzen wollen wir verbieten.</p> <p>Feuerwerk: Private Feuerwerke (das „Böllern“) müssen zum Schutz von Menschen, Tier und Natur reduziert werden. Das Müllaufkommen wie die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Jedes Jahr verletzen sich unzählige Kinder und Erwachsene an den Sprengkörpern.</p>